

Dezember

tsche
t all
seine
Zahl
i de
bette
Z
: de
m d
ig li
e de
girt
na
187
Ihre
onut
m d
id de
Dyfe
orden
wurt
188
ein
son
itigle
Freie
Be
: an
rhiel
ifanc
nache
da
brück
fen i
r d
r au
0 i
er d
ab
debut
läng
n de
trenu

eseid
berich
ltrag
ignt
entat
mit
de
in
mbe
Ba
eiffa
Sarre
de
Sitt
reife
berge
richt
ig d
n d
in fu
D
r de
G
servo
e in
i an
i fir
ndere
th i
e w
pu d
unde
s d
s Un
a ch
Lebe
trä
e Be
n. -
s an
nglid
noch
alfe
fel
un
, da
hrieg
Zahl
wege
jahre
s G
efferr
gra

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesstraße 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile ober deren Raum 15 Pfennige, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Sonnabend, den 1. Dezember 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Was kommen kann?

Die nächsten Wochen können Ueberraschungen bringen. Es bestätigt sich zwar nicht nach offiziellen Blättern, daß dem Reichstage vor Weihnachten nur die sogenannte Umsturzvorlage, nämlich die Anträge der verabschiedeten Regierungen auf Verschärfung des Strafgesetzbuches für Civil und Militär und des Pressegesetzes, zugehen werden. Der Inhalt der Vorlage wird jedoch mit einer Gewissenhaftigkeit, die an die schönen Zeiten der heiligen Behme erinnert, geheim gehalten, man erfährt über die Höhe der beantragten Strafen u. dgl. gar nichts. Dies soll, wie einige Blätter behaupten, den Zweck haben, zu verhüten, daß in der Presse „Stimmung“ gegen die Vorlage gemacht wird.

Wir haben gewiß keinen Grund, der neuen Regierung auch nur einen Funken von Sympathie entgegenzubringen, aber auch dem Herrn v. Köller trauen wir eine so kindliche Auffassung der Sachlage nicht zu. Wenn der Reichstag den Inhalt der Vorlage vorher nicht erfährt, so wird er sie nachher doppelt gründlich prüfen und die „Stimmung“ wird sich aus dem Inhalt der Vorlage von selbst ergeben. Das weiß Herr v. Köller auch. Nein, uns scheint, das beredete Schweigen über den Inhalt des Kampfes soll die „Schneidigkeit“ des neuen Regiments ankündigen. „Wir haben es nicht nötig, den Herren Abgeordneten Mitteilung zu machen, bevor die Session eröffnet ist,“ so hören wir im Geiste Herrn v. Köller „unter Pfarrerstöckern“ sagen. Die Aussichten der Vorlage werden durch diese Art von Schneidigkeit allerdings nicht gebessert.

Der Reichstag hat vor Weihnachten im höchsten Fall fünf bis sechs Tage Zeit zu eigentlicher gesetzgeberischer Arbeit; die Vorbereitungen für die Session erfordern einige Tage und Mitte Dezember treten die Weihnachtsferien ein. In fünf Tagen kann der Reichstag, der die Umsturzvorlage jedenfalls an eine Kommission verweisen wird, unmöglich die Sache so erledigen, wie er es bisher gewohnt war. Jedenfalls ist eine Zustimmung zu der Vorlage in fünf Tagen nicht zu erlangen, denn eine Zustimmung ist nur denkbar unter der Voraussetzung, daß der Reichstag Aenderungen an dem Entwurfe vornimmt. Wenn man von Seiten der Regierungen gegen eine Kommissionsbehandlung der Vorlage nichts einzuwenden hat, dann ist nicht ersichtlich, warum man eigentlich den „Umsturz“ vor Weihnachten auf die Tagesordnung setzen will.

Aber es ist möglich, daß der letzte Umstand eine Herausforderung des Reichstages bedeutet und daß man ihn zwingen will, in der Sache des „Umsturzes“ vor Weihnachten und zwar binnen fünf Tagen eine Entscheidung zu treffen. Da die Rechte und die Linke für Entscheidung der Sache im Plenum sind, so kann eine solche eventuell herbeigeführt werden. Dann ist die Ablehnung der Vorlage so ziemlich gewiß.

Dann wird das Weihnachtsgeschenk der neuen Regierung an die deutsche Nation eine Auflösung des Reichstages sein. Vielleicht hat man die Frage des „Umsturzes“ so schroff gestellt, weil die Regierung mit dem gegenwärtigen Reichstage nicht glaubt auskommen zu können.

Was aber dann? Die Reichsverfassung enthält nur einen einzigen Artikel, der etwas Einschlägiges bestimmt. Artikel 25 lautet:

„Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach derselben der Reichstag versammelt werden.“

Die Neuwahlen müßten zu Anfang oder Mitte Februar stattfinden, denn die Auffertigung und Auslegung der Wählerlisten erfordert so viel Zeit.

Der Reichstag müßte nach seinem Zusammentritt sich wieder mit der Umsturzvorlage beschäftigen. Aber wo bliebe ihm dann die Zeit zur Feststellung des Reichshaushalts, die doch bis zur bestimmten Zeit erfolgen muß?

Fürst Bismarck brachte es in Preußen seiner Zeit fertig, ohne Budget zu regieren, aber im Reiche ist das etwas anderes.

Die Neuwahlen werden keine Majorität für die Regierung bringen, um so weniger, als Jedermann weiß, daß der Lärm gegen den „Umsturz“ nur den Zweck hatte, die Aufmerksamkeit von den Finanzoperationen des Herrn Miquel abzulenken. Mit der Umsturzvorlage will man eine Majorität zusammenschweißen, die nachher auch die Pläne des Herrn Miquel verwirklichen soll. Aber da kann es leicht sein, daß man das Pferd beim Schwanz aufsäumt.

Bei all' diesen Machinationen handelt es sich einfach darum, dem deutschen Volke den kümmerlichen Rest seiner politischen Freiheiten noch völlig zu entziehen und ihm dafür neue Lasten aufzubürden. Der Militarismus braucht wieder Geld!

Die nächsten Zeiten können kritische werden und Niemand kann zur Zeit beurtheilen, wie stark die reaktionäre Strömung ist (siehe die Auslassungen des „Vorwärts“ unter Politik). Sei dem, wie ihm wolle, die Sozialdemokratie wird mit ebenso viel Muth und Besonnenheit ihre Position verteidigen. Wir können es darauf ankommen lassen, daß es sich zeigt, wer das Vertrauen des Volkes hat: die Reactionäre oder wir!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Vorgeschichte der Umsturzvorlage wird in der Münchener „Allgem. Ztg.“ wie folgt darlegt. Der Gegensatz zwischen Caprivi und Eulenburg aus Anlaß der Vorbereitung von Maßregeln gegen die Umsturzpropaganda trat bereits im Februar 1894 in die Erscheinung. Die damals im Reichsjustizamt vorbereiteten Maßregeln bewegten sich zum Theil in anderer Richtung, als die jetzt legislatorisch fixierten. Im preussischen Staatsministerium war im Sommer noch eine starke Strömung dagegen, daß überhaupt mit neuen Maßregeln gegen die sozialdemokratische Propaganda vorgegangen werde. Graf Caprivi wünschte gerade, daß die preussische Regierung sich mit der Angelegenheit befasse, da er sagte, im Reichstag sei eine Mehrheit für solche Maßregeln nicht zu gewinnen. So lag und stand die Angelegenheit, als die Ministerurlaube begannen. Als dieselben abgelaufen waren und die Beratungen der Minister wieder aufgenommen wurden, gab sich ein Theil der Minister Mühe, den Grafen Caprivi zu überzeugen, daß eine solche Aktion nicht einseitig in Preußen, sondern nur bei völliger Uebereinstimmung aller verbündeten Regierungen im Reiche in die Wege geleitet werden könne. Caprivi ließ seinen Widerspruch hiergegen fallen, machte aber zur Bedingung, daß dann nur zu solchen Mitteln gegriffen werde, für welche die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages zu erlangen sei. Graf Eulenburg blieb dabei, daß nur scharfe Maßregeln zu dem erwünschten Resultat führen könnten. Der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern glaubte seiner Sache um so gewisser zu sein, als er zur Zeit der Königsberger Kaisertage in der Umgebung des Kaisers den Eindruck wahrgenommen hatte, den gewisse Vorstellungen von konservativer Seite mit einer scharfen Kritik des Caprivi'schen Kurses auf den Monarchen gemacht hatten. Es kam dann zu dem weiteren Auseinandersetzungen im preussischen Staatsministerium, zu dem Besuch des Kaisers bei Caprivi, bei welchem das Reichsoberhaupt sich formell mit der vom damaligen Reichskanzler empfohlenen Art des Vorgehens einverstanden erklärte, ohne sich aber für eine spätere Zeit die Hände zu binden, zur Krisis und zur Uebernahme der Erbschaft Caprivi's und Eulenburg's durch den Fürsten Hohenlohe und den Herrn v. Köller.

Seitdem die Eulenburg'schen Staatsstreichpläne ernsthaft erörtert worden sind, so schreibt die „Allgem. Volksztg.“, hat der Reichstag nicht allein für die Rechte des Volkes, sondern auch für seine eigene staatsrechtliche Stellung zu kämpfen. In den Schwierigkeiten, welche mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten sind, wird der Reichstag nur dann mit Ehren bestehen, wenn er vor allem stets beschlußfähig ist.

Wähler, seid auf der Hut! Diese Mahnung richtet der „Vorwärts“ an die Bevölkerung, und liefert den

Nachweis zwischen den augenscheinlichen Uebereinstimmung der jetzigen inneren politischen Lage mit der im Jahre 1878, wo Bismarck die Attentate dahin „praktifizierte“, um unter dem Zeichen des Kampfes gegen den „Umsturz“ Militärforderungen durchzubringen und den Schlot- und Ochsenbaronen die Tasche zu füllen. „Daß der Lärm gegen den „Umsturz“ ein künstlicher ist,“ so schließt der „Vorwärts“ auf die Gegenwart, „das liegt doch gar zu offen auf der Hand. Deutschland ist das einzige Land, in dem keine „anarchistischen Verbrechen“ verübt worden sind; und zwar ist dies, nach dem Urtheil aller einsichtigen Menschen, einzig der Schulung unseres Proletariats durch die Sozialdemokratie zu verdanken. Man kann das deutsche Volk doch nicht dafür strafen, daß ein Italiener in Frankreich einen Mord begangen hat! Oder will man es strafen, weil kein Deutscher in Deutschland einen Caerrio-Dolch geschwungen hat? Da hört ja alle Vernunft auf. Jedenfalls ist in Deutschland die Bewegung gegen den Umsturz so sinnlos, so absolut unmotiviert, daß es nicht möglich ist, an die Echtheit zu glauben. Die Urheber dieser demagogischen Madam-Jarce wissen, daß der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung für kein ihnen genügendes Umsturzgesetz zu haben ist; sie wollen eine Reichstagsauflösung; sie wollen im Wahlkampf das Rothe Gespenst umgehen lassen; sie wollen eine servile Majorität ergattern, welches die stärkste Oppositionspartei nebelt, und dann an dem widerstandlos gemachten deutschen Volk die Weißblutung vornimmt. Vom Umsturz spricht man, hundert Millionen neuer Steuern meint man. Und hinter den neuen Steuern erhebt sich eine neue Militärvorlage und erheben sich die nie zu befriedigenden Ansprüche der heißhungrigen Junker. Aller menschlichen Berechnung nach sind in Wälde Neuwahlen zu erwarten. Die Absicht bestand, schon vor Weihnachten den Reichstag zu einer Entscheidung über das noch nicht ausgebrütete Umsturzgesetz zu zwingen. Einen anderen Sinn konnte der Plan, vor Weihnachten bloß das Umsturzgesetz vorzulegen, nicht haben. Der Plan mußte, weil allen parlamentarischen Sitten zu schroff widersprechend, aufgegeben werden. Allein das Ziel ist nicht aufgegeben. Wir dürfen uns nicht überraschen lassen. Darum, deutsche Wähler, seid auf der Wacht! Und bereitet Euch vor für die Kämpfe, die uns sicher bevorstehen.“

Die Agrarier werden in ihren Forderungen immer frecher. „Mit Rezepten zweiten Ranges möge man uns nur gar nicht kommen.“ Damit wird nur der Verdacht genährt, daß die Aufmerksamkeit von der Hauptfrage, der der Getreidepreise, abgelenkt werden soll. Dies aber ist unmöglich. Für den Erfolg einsehen kann Niemand, das wissen wir sehr wohl, und haben das erst kürzlich ausgesprochen. Von der Regierung und von den Parteien aber darf man allerdings verlangen, daß sie mit vollem Ernst und Nachdruck der Lösung dieses schwierigsten Problems der Zeit sich widmen.“ So schreibt die „Kreuzzeitung“. Offenbar ist es ein „Wind mit dem Zaunpfahl“ für den neuen Landwirtschaftsminister. Kaum wittern die Herrn Strohdackler agrarische Morgenluft, so schwillt ihnen schon gewaltig der Ramm.

Friedrich Engels, der älteste lebende Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, der seit den bahnbrechenden Schriften der vierziger Jahre, seit es ihm gelungen war, seinen großen Freund Karl Marx für den Sozialismus zu gewinnen, allzeit unwandelbar und treu uns vorangegangen ist, beging am Mittwoch seinen vierundsiebzigsten Geburtstag. Möge es ihm vergönnt sein, den Sieg der Idee, der er sein reiches Leben gewidmet hat, kraftvoll an Leib und an Seele zu erleben!

Eine Veränderung bezw. Verbesserung in der Pflege der Soldaten soll, wie die „Straßb. Post“ wissen will, geplant sein.

Den Tarif für Zeitungsdepeschen will nicht Herr v. Stephan, sondern für Italien der italienische Postminister Ferraris herabsetzen. Bei uns ist die Postpolitik Versteinerung.

Die Mühlenbesitzer streben sich, den Arbeitern den zwölftägigen Arbeitstag aufzulegen, natürlich in ärgster Weise, weil sie eine Schmälerung ihres Profites erwarten. Eine Versammlung dieser Mühlenfabrikanten, welche in Berliner Arbeitshaus, unter Vorsitz eines Herrn v. d. Wagnert, stattfand sprach sich zwar dahin aus, daß eine gleichmäßige Arbeitszeit erzielt werden müsse. Die weitere Frage jedoch, ob ein Bedürfnis

vollste, die Arbeitszeit der Gesellen gesetzlich zu regeln, wurde in der Kammer mit 189 gegen 165 Stimmen abgelehnt. Die Naturkräfte seien nicht durch Zwang zu regeln, und da man auf diese angewiesen sei, müsse man die Durchführbarkeit einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit nur schwer gerechnet werden. Wenn es aber doch zu einer solchen kommen sollte, so sei die durchschnittliche Mühe des Bauers der täglichen Mühezeit auf 6 Stunden festzusetzen, dürfte dagegen eine 24 stündige Arbeitszeit nur in gewissen Fällen einmal verlangt werden, und es müsse derselben beim nachfolgenden Schlafwechsel eine entsprechende Ruhezeit folgen. Ausnahmen von dieser Bestimmung dürften nur in solchen Fällen zugelassen werden, die nicht für solche Betriebe, in denen kein Meister vorhanden, oder derselbe nicht arbeitsfähig sei. Lehrlinge unter 16 Jahren sollen in 24 Stunden mindestens 8 Stunden Mühe haben. Die Nacharbeit der Lehrlinge unter 16 Jahren ganz zu umgehen, empfiehlt sich nicht, da die Gewöhnung an dieselbe eines der Haupterfordernisse des Mülereiwerkes sei. (?) Als durchführbar erachtet wird eine Sonntagsruhe für Gesellen und Lehrlinge der Wassermühlen an 26 Sonntagen des Jahres und zwar von je 24 Stunden. Nur würden die freien Sonntage nicht vorher auf bestimmte Tage festgelegt werden können. Nicht für erforderlich gehalten wird es ferner, für Mühlen mit regelmäßigem Tag- und Nachtdetrieb und mit zwei Arbeitsschichten für die Sonntage Wechselarbeiten von mehr als achtzehnstündiger Dauer zuzulassen. Die Frage, ob es einem erheblichen Teile der Mülereigenossen gelänge, sich selbstständig zu machen, wurde mit Nein beantwortet, dagegen hervorgehoben, dass ein beträchtlicher Teil der Mülereigenossen im Alter von einigen dreißig Jahren einen anderen Beruf wähle. Als Grund dafür sei wohl der für die Erhaltung einer Familie zu geringe Verdienst anzusehen. Berufswahlheiten der Müller gebe es nicht. (Ob die Mülereigenossen darin nicht anderer Ansicht sind?) Nebenbei dagegen, die für Wassermühlen etwa in Aussicht zu nehmende Regelung der täglichen Arbeitszeit auch für diejenigen Mühlen einzutreten zu lassen, welche allein mit Dampf oder mit Dampf und Wasser betrieben werden, bestanden nicht. Hiermit waren die von der Regierung gestellten Fragen beantwortet. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Bemerkten, daß der Vorstand des Verbandes das bereitete Material bearbeitet und dem Bundesrathe vorlegen werde. — Man sieht, daß sich die Herren Mülereigenossen keinen Zwang angethan haben. Jeden Tag sollen die Arbeiter mindestens 6 Stunden Ruhezeit erhalten, sie sollen also nur 18 Stunden ausgeben werden und die Bezahlung will man sogar nur 16 Stunden in's Fach der Arbeit spannen. Nur einmal in der Woche soll der Arbeiter 24 Stunden ausgegeben werden können. Der Lohn wird dann auch in Zukunft so gering sein, daß er zur Erhaltung einer Familie nicht ausreicht, so daß die Müller mit 30 Jahren in andere Berufe übergehen müssen. Wie heißt das bekannte Sprichwort? Nur L — sind bescheiden! Der Verband deutscher Mülereigenossen wird dieses Gutachten schon gebührend befechten!

Jetzt die neuen Reichsteuern beginnt die „Nordb. Allg. Ztg.“ Stimmung zu machen. Sie führt aus, daß der neue Etat mit „äußerster Sparsamkeit“ aufgestellt sei, nichtsdestoweniger aber die Matrifularbeiträge die Ueberweisungen um 30 bis 40 Millionen übersteigen würden. Das sei der beste Beweis für die Nothwendigkeit neuer Einnahmen. Daß der neue Etat um 6 Millionen niedriger veranschlagt ist als der laufende, obwohl dieser bereits 30 Millionen Einnahmen mehr als der vorige und 15 1/2 Millionen mehr als der Voranschlag aufweist, vergißt die „N. A. Z.“ wohlweislich. Was sie dann weiter über die Unmöglichkeit einer Erhöhung der direkten Steuern und zur Empfehlung der Tabaksteuer sagt, haben wir schon im vorigen Jahre hundert Mal gehört, ohne daß es auf die Mehrheit des Reichstages den geringsten Eindruck gemacht hatte. Es wird auch jetzt keinen Eindruck machen.

Nachdem Lucanus Galali geblasen und den Strecken-Rapport abgeliefert hat, so zeichnet ein rhein. Zentrumsorgan die innere Lage, vermag sich niemand an der Jagdbeute recht zu ergötzen. Die mittelparteilichen Großindustriellen, welche dem Kaiser so lange im Ohre lagen, bis er die Anweisung gab zu neuen Vorschlägen gegen die Sozial-Demokratie, hatten es damit auf den Sturz Caprioli's nicht im mindesten abgesehen und bereuen bereits den blinden Eifer, welchen sie entwickelt hatten. Denn mit dem Grafen Caprioli ist der Hauptträger der Handelsvertrags-Idee gestürzt, und niemand hat sich ja lebhafter für die Deffnung unserer Grenzen begeistert als unsere Industriellen. Auf der andern Seite können die Agrarier die neue Lage in dem ihnen erwünschten Maße gar nicht ausnutzen, weil man die Handelsverträge nicht abschaffen kann. Woher soll also auch bei ihnen die Freude kommen? Wir leben in einer Zeit der gemischten Gefühle und sind in dieser Gemüthsverfassung auf dem besten Wege, wieder vernünftig zu werden und uns zu übertragen. — Die „Umsturz“-Schreiber denken aber doch etwas anders.

Schulaufwand. Nach den amtlichen statistischen Nachrichten, die vom preussischen Ministerium für die Welt-Ausstellung zu Chicago aufgestellt worden sind, kostete im Jahre 1891 ein Schüler der Volksschule 29,74 Mk., der Knaben-Mittelschule 87 Mk., der höheren Mädchenschule 123 Mk., der Mädchen-Mittelschule 66 Mk. — Leider ist nicht gesagt, wie viel ein Gymnasiast oder ein Student in demselben Jahre kostete, um zu zeigen, wie „väterlich“ der Klassenstaat für die Sproßlinge der Bourgeoisie sorgt. Mit solchen Bettelbrocken wie 29 Mk läßt sich so ein kommender Mann von Bildung und Verstand nicht abpeifen.

Gegen den Zuzug von Arbeitern nach Berlin richtet sich eine Bekanntmachung des Berliner Magistrats. Darin wird der Beschluß zur Kenntniß gebracht, daß bei den im Winter vorkommenden städtischen Arbeiten nur solche Personen beschäftigt werden, welche in Berlin ortsangehörig sind oder wenigstens bereits im vergangenen Sommer hier gearbeitet haben. Der Vorstand des Central-Vereins für Arbeits-Nachweis, durch dessen Vermittelung die vom Magistrat beschäftigten Arbeiter angenommen werden, wird den von auswärts zuziehenden Arbeitern so lange die Einschreibung in seine Listen versagen, als Nachfrage von Arbeitern durch das Angebot von Berliner Arbeitslosen gedeckt werden kann. Gegen-

wärtig steht einer geringen Nachfrage nach Arbeitern ein großes Angebot gegenüber. Auswärtige Arbeiter können deshalb nicht dringend genug vor dem planlosen Zuzug nach Berlin gewarnt werden. — Diese Bekanntmachung des Magistrats ist total verfehlt. Die Herrn Schornsteinbarone werden stets danach streben, vom flachen Lande frisches Material heranzuziehen, das noch nicht ausgeemert ist, und sich den Organisationen vorläufig vielleicht noch fernhält. Sie und die Gesindemeister sorgen auf's Eifrigste mit dafür, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in Berlin noch mehr vermehren. Deshalb hätte sich der Magistrat an diese zunächst wenden sollen. Ob man allerdings seinem Wunsche nachgegeben wäre, ist sehr die Frage.

In verschiedenen Städten Westpreussens erhielten bei den diesjährigen Control-Versammlungen diejenigen Reservisten, welche des Polnischen in Wort und Schrift mächtig sind, den Vermerk: „Spricht, liest und schreibt polnisch“ in den Militärpost eingesetzt. Ebenso wurden Aufstellungen derjenigen Reservisten, welche das Russische beherrschen, gemacht. Der Zweck dieser Vermerke ist leicht erklärlich.

Die Getreideeinfuhr in das Deutsche Reich betrug im Monat Oktober d. J. zu den in Klammern beigefügten Zahlen im Vergleich des Vorjahres: 1.175.027 (466.891) Doppelcentner Weizen, 705.656 (155.422) Doppelcentner Roggen, 361.863 (334.455) Doppelcentner Hafer, 1.404.304 Doppelcentner Gerste, 142.734 (135.783) Doppelcentner Raps und Rübssaat, 212.705 (87.949) Doppelcentner Mais und Vari. — Vom 1. Januar bis Ende Oktober wurden eingeführt: 9.157.581 (6.125.525) Doppelcentner Weizen, 5.138.493 (1.600.680) Doppelcentner Roggen, 3.547.589 (1.298.707) Doppelcentner Hafer, 8.586.893 (6.417.695) Doppelcentner Gerste, 1.231.758 (1.228.050) Doppelcentner Raps und Rübssaat, 5.550.236 (6.397.109) Doppelcentner Mais und Vari. — Der Oktober weist auch eine erhebliche Zunahme der Ausfuhr auf. Dieselbe belief sich auf 22.770.428 Doppelcentner gegen 20.615.641 in 1893. Die Ausfuhr von Getreide gegen Einfuhrscheine hat um ungefähr 280.000 Doppelcentner zugenommen, die Eisenausfuhr um 329.000 Doppelcentner, Eisenzerge um 570.000 Doppelcentner, die Zuckerausfuhr um 191.000 Doppelcentner, die Kartoffelausfuhr um 159.000 Doppelcentner.

Die Sittlichkeit im Sozialismus. Professor Jodl macht in einem Vortrag „Was heißt ethische Kultur?“ den Sozialisten den Vorwurf, daß sie meinen, sie könnten die freie Hingabe des Einzelnen an die Zwecke der Gesamtheit entbehren und auf die Mitwirkung ethischer (sittlicher) Kräfte verzichten. Der Herausgeber der Wochenschrift zur Verbreitung ethischer Bestrebungen, Dr. Georg von Gizycki, Professor der Ethik an der Universität zu Berlin, findet es in einer Kritik des genannten Vortrages gerechtfertigt, die Sozialisten in Schutz zu nehmen, und sucht die fraglichen Ausführungen Jodls aus dessen unzureichender Kenntniß des Sozialismus zu erklären. Er sagt: „Der Verfasser (Jodl) wird keine einzige namhafte sozialistische Schrift anführen können, welche bezweifelte, daß der sozialistische Staat ein „veredeltes, ethisch durchgebildetes Menschenthum“ braucht, — keine einzige, welche von der sozialistisch organisirten Gesellschaft nicht unvergleichlich mehr Freiheit und persönliche Selbstständigkeit für die große Masse des Volkes erwartete, als die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung sie gewährt. Und wenn das politisch selbstbewusste Proletariat für die Interessen der Arbeiter eintritt und mit dem Unterschiede von nicht arbeitenden Kapitalisten und besitzlosen Arbeitern die Klassenunterschiede selbst aufheben will, so ist es nicht, wie der Verfasser mit Unrecht ihm schuld giebt, „unbekümmert um allgemeine Aufgaben“, sondern es weiß, daß die von ihm erstrebte, gesellschaftliche Umwandlung die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts bedeutet, das unter den heutigen Umständen leidet.“ (Worte des Programms der sozialdemokratischen Partei Deutschland.) Ich wünsche, daß die Ethiker, ehe sie über den Sozialismus ein Urtheil fällen, erst jahrelang täglich eine „Arbeiter“-Zeitung lesen. Was mich selbst betrifft, so bekenne ich, daß ich keiner Lektüre eine so vielseitige ethische Förderung verdanke, wie dieser“. Möchten doch diesen Worten eines Professors der Ethik der Universität Berlin nicht allein die Ethiker Beachtung schenken, sondern auch alle diejenigen, welche aus einem eventuellen Siege der Sozialdemokratie den Untergang der Zivilisation prophezeien, alle diejenigen, die es lieben, die Sozialdemokraten als „die Barbaren des 19. Jahrhunderts“ zu bezeichnen. Ein hervorragender freisinniger Jurist sagt: „Den Sozialismus erkennen und ihn bekämpfen ist Sedermanns Recht: von ihm nichts wissen und ihn doch hassen, eine Sünde, und als Unwissender ihn lästern, ist ein Verbrechen“.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlreform wird immer weiter verschleppt. Die koalirten Parteien stehen wie die Ochsen am Berge und wissen keinen Rath und den Ministern geht's nicht besser. In einer Abendsitzung des Wahlreform-Ausschusses am Dienstag gab der Ministerpräsident Windischgrätz die Erklärung ab, daß er es als die wichtigste Aufgabe betrachte, im Einvernehmen mit den Koalitionsparteien eine umfassende Wahlreform zu schaffen unter Aufrecht- Erhaltung der bisherigen Vertretung der Interessengruppen und unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Länder bei wesentlicher Ausdehnung des Wahlrechts, insbesondere auf die Arbeiter, zugleich mit

Sicherung des Schwergewichts der politischen Rechte des Bürgerstandes und des Bauernstandes. Zur Erreichung dieses Zweckes wurde zunächst der Weg vertraulicher Besprechungen eingeschlagen; jedoch fanden die regierungsfreilich mitgetheilten Grundzüge nicht allseitige Zustimmung. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen, vorerst mit den Odnämen der koalirten Klubs, wurde aus der Mitte der Theilnehmer auf einen Antrag zur Errichtung von Arbeiterkammern mit Wahlrechtvertheilung hingewiesen und es schien nicht ausgeschlossen, daß das Projekt bei den koalirten Parteien Anklang finde. Die Regierung war bereit, den Vorschlag der Errichtung von Arbeiterkammern aufzunehmen, umso mehr, als die Vertreter sämtlicher Parteien übereinstimmend mit der Regierung die Gewährung parlamentarischer Vertretung an die Arbeiter für angezeigt erachteten; es stellte sich jedoch heraus, daß auch gegen diesen Vorschlag sich Bedenken erhoben, so daß eine derartige Vorlage keinen unmittelbaren Erfolg hatte. Die Regierung läßt nunmehr Ausschussberatung eintreten, es wird die Einräumung einer parlamentarischen Vertretung an die Arbeiter zunächst in Aussicht zu nehmen sein. Sollte die Berücksichtigung auch anderer Volksschichten die Zustimmung der Parteien finden, so wird die Regierung bereit sein, an dem Zustandekommen von Besprechungen auf dieser Basis mitzuwirken. — Seitens der Konservativen erklärte sich Graf Hohenwart, seitens der Polen Stadnicki und seitens der vereinigten deutschen Linken Graf Kuenenburt mit dem von der Regierung eingeschlagenen Weg einverstanden. Namens der Jungtschechen trat Brzozard für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht ein. Der Ministerpräsident Windischgrätz theilte mit, daß der Minister des Innern mittels Zuschrift an das Präsidium des Abgeordneten-Hauses die Wahlreformvorlagen des letzten Ministeriums zurückgezogen hat. Die Regierung habe die am 23. Nov. abgegebene Erklärung nicht mit Stillschweigen Übergangen, vielmehr alle damals maßgebend gewesenen Umstände in die heutige Erklärung aufgenommen, insbesondere den, wie man einer von sämtlichen koalirten Parteien angenommenen Wahlreform zustimmen könne. Gegenüber der jungtschechischen Forderung des allgemeinen Wahlrechtes erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung an den in ihrer ersten Erklärung ausgedrückten Prinzipien festhalte und dem auf allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht abzugehendenden Antrag nicht zustimmen könne. Fortsetzung der Debatte ist heute Freitag.

England.

London. Im kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein erstattete Genosse Friedrich Leßner den Bericht über den Frankfurter Parteitag. Abgesehen von der Gehaltsdebatte und der Erklärung Grillenbergers erklärt Referent, mit dem Parteitage sehr zufrieden zu sein. In Frankfurt, Kassel und Köln habe er vielfach die jüngeren Genossen aufgesucht und mit ihnen fleißig verkehrt, und er freue sich, großes Verständniß für die Ziele unserer Partei gefunden zu haben. Nach dem beifällig aufgenommenen Bericht entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, die — wie selbstverständlich — vornehmlich mit den Mißverständnissen zwischen Bebel und Vollmar sich beschäftigte. Als Endergebniß der Debatte darf die nachfolgende einhellig angenommene Resolution betrachtet werden.

„Die Versammlung erklärt sich mit den Kongreßbeschlüssen im allgemeinen einverstanden. Sie erkennt in der Ablehnung des Antrages von Bebel eine Willkür der von den bayerischen Genossen beobachteten Taktik bei der Schlussabstimmung über das Finanzgesetz. Sie billigt daher durchaus die Ablehnung des Antrags der bayerischen Genossen, der die Politik der freien Hand proklamirt, aber die Verantwortlichkeit für das jeweilige taktische Thun einzelner Landesmannschaften — der Gesamtpartei aufgebürdet hätte.“

Dänemark.

Die Landarbeiter und die Sozialdemokratie. Im Amte Sorö auf Seeland hatten in diesen Tagen 17 Inffluente und Eigenkähner eine Versammlung ihrer Standesgenossen nach Bingsbedt berufen, um die Schaffung einer Organisation der Landarbeiter, die über das ganze Land ausgebreitet werden und die ökonomischen Interessen derselben wahrnehmen könnte, zu veranlassen. Nachdem mehrere Redner vor einer Zersplitterung der Kräfte gewarnt und den Anschluß an die sozialdemokratische Organisation empfohlen hatten, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Zu einer Zeit, da die Arbeitgeber auf ganz Seeland, sowohl die städtischen als auch die ländlichen, sich zum Schutze ihrer Vorrechte organisiren, während gleichzeitig die Agrarier auf Mittel sinnen, die Arbeitskraft bis aufs äußerste auszunutzen, ist es hohe Zeit, daß auch die Landarbeiter, alle wie einer sich zu Organisationen zusammenschließen, damit sie nicht noch mehr in ökonomischer wie sozialer Beziehung unterdrückt werden. Die Arbeiter verfolgen mit dieser Organisation ein doppeltes Ziel: 1) unter besonnener Verhandlung mit den Arbeitgebern bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen; 2) Seite an Seite mit dem ganzen unter den kapitalistischen Gesellschaft lebenden Theil der Bevölkerung den Arbeitern den politischen Einfluß zu erringen, der ihnen in Folge ihrer Zahl und sozialen Bedeutung zukommt. An Reformen sehen die Landarbeiter als reif für die Lösung und dringend nothwendig an: Einführung der Staatspacht, einer bedeutend verbesserten, staatlich unterstützten Volksschule, Durchführung des allgemeinen Wahlrechts bei den Staats- wie bei den Kommunalverwaltungen. Nur Politikern, die für die schnelle Durchführung dieser

Ueber die Zustände im Bäckergewerbe

veröffentlichte seinerzeit August Webel auf Grund eingehender Erhebungen eine Schrift, welche ein trauriges Bild von der Lage der Bäckereiarbeiter und den Zuständen in den Bäckereien enthielt. Vor nicht langer Zeit hat nun auch die Hamburger Bäckereihilfs-Organisation Erhebungen über die Zustände in den Bäckereien Hamburg-Altona angestellt und das Resultat in einer Broschüre veröffentlicht. Es hat sich gezeigt, daß auch hier geradezu ekelhafte Mißstände vorhanden sind, die dringend der Abhilfe bedürfen. Die kleine Schrift ist ein lebhafter „Appell an den Magen“, der auch seine Wirkung nicht verfehlt hat. Der Ekel, wenn er durch grobe sanitäre Mißstände hervorgerufen wird, durch welche auch die herrschenden Kreise bedroht werden, bildet einen ganz mächtigen Antrieb für die Besseren, die ekelhaften Mißstände zu bekämpfen. Wir wollen aus der Schrift nur einige besonders gravirende Fälle hervorheben, um zu zeigen, welche geradezu ungläublichen Zustände in dem Bäckereigewerbe vielfach noch vorhanden sind. Da heißt es u. A.:

„Durchschnittlich herrscht während der Arbeitszeit in den Arbeitsräumen eine Temperatur von 30 Grad Reaumur. Und in dieser Hitze müssen die Arbeiter 12, 14 und sogar 16 Stunden stehen und schwer arbeiten. Daß das die Gesundheit der Arbeiter ruinieren muß, liegt auf der Hand. Wegen der kolossalen Hitze sind die Arbeiter gezwungen, beinahe nackt zu arbeiten. In 37 Betrieben stehen die Leute bloß im Hemd bei der Arbeit, in 83 Betrieben haben sie nur um die Hüften einen kurzen Rock, Schurzack genannt, und dann in 41 Betrieben wird auf der Backstube ganz nackt gearbeitet. Diese Thatfachen werden beim Hamburger Publikum wohl keinen großen Appetit auf frische Franzbröte und Hundsflecke bereiten, und man wird sich auch unbedingt fragen, ob diese ekelhafte Arbeitsweise nicht abzuändern sei. Gewiß ist sie abzuändern, wenn es nur die Profitivität der Herren Innungsmeister zuließe. Die Arbeiter, die fortwährend mit Staub, Dunst und Schweiß zu kämpfen haben, bedürfen dringend der Reinigung des Körpers. Da sollte man annehmen, daß in jedem Bäckereibetriebe Badewannen vorhanden wären. Weit gefehlt! In 63 Betrieben werden die Eimer, die zum Waschen des ganzen Körpers der Arbeiter benutzt werden, auch zum Brotstreichen und zum Gießen von Milch und Wasser benutzt. Im Ganzen stehen den 762 Arbeitern, welche in unserer Statistik berücksichtigt worden sind, nur 176 Wascheimer zur Verfügung, und zwar haben 57 Betriebe je nur einen, 33 Betriebe je 2, 3 Betriebe je 3, 5 Betriebe je 4 und 2 Betriebe je 7 Wascheimer. Nun darf man nicht annehmen, daß es die größten Bäckereien sind, die 7 Wascheimer besitzen, sondern es sind Bäckereien, in denen nur 7 und 9 Arbeiter beschäftigt sind. Bäckereien, die 14 und 18 Arbeiter beschäftigen, stellen ihren Arbeitern je nur 2 Eimer zum Waschen zur Verfügung, und diese werden auch noch zu Betriebsarbeiten mit verwendet. Weil in sämtlichen Bäckereien die Arbeiter Kost und Logis beim Meister haben, so bekommen sie auch Handtücher vom Arbeitgeber geliefert.

Da bekommt in 56 Betrieben jeder Arbeiter wöchentlich zwei reine Handtücher geliefert, während die Arbeiter in 72 Betrieben mit je einem reinen Handtuch sich begnügen müssen. Das genügt durchaus nicht. Schon mit dem Gebrauch eines Handtüches während einer Nacht wird dasselbe durch den Schweiß des Arbeiters so steif, daß das fernere Abtrocknen damit nicht nur unangenehm, sondern auch gesundheitschädlich ist. Durch die Benutzung eines solchen Handtüches bilden sich leicht Hautkrankheiten.

In einem Geschäft wurde deshalb festgestellt, daß in einer Woche des schnellen Wechsels wegen 22 Personen, vier Betten, in welchen sich Ungeziefer befand, benutzten, ohne daß dieselben mit frischer Wäsche versehen wurden. So mag es mit den Betten noch auf weitere Wochen fortgegangen sein. Und diese Leute, die in den ekel-erregenden, gesundheitswidrigen Betten schlafen müssen, werden bei Herstellung des Hauptgenüßmittels der großen Masse der Bevölkerung beschäftigt! Das ist unerhört.“

Lassen wir nun noch einige Auskünfte über verschiedene Betriebe folgen:

Die vier Betriebsarbeiter eines Geschäftes bemerken: Wir müssen schlechtes, stinkendes Fett verbachen. — Betreffs eines anderen Betriebes heißt es: Das grobe Roggenmehl liegt in der einen Backstube ausgeschüttet und wird oft durch Hineintrreten oder den Hund verunreinigt. — Die Berichte aus anderen Geschäften befragen u. A.: Beschäftigt 8 Maan. Die Arbeits- und Schlafräume sind fürchtbar schmutzig. — 14 Mann sind beschäftigt. Unreinigkeit herrscht im ganzen Betriebe. — Beschäftigt 5 Personen. 1 Wascheimer vorhanden, der auch im Betriebe benutzt wird. Kloset über ein Jahr nicht gereinigt. Schlafräume direkt neben Pferde- und Schweinestall. Altes Brod wird aufgeweicht und zwischen frisches Schwarzbrod gebacken. Betten wurden im vergangenen Jahre zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten frisch überzogen. In dem Arbeitsraum ist ein altes Kloset, welches verstopft ist und nicht benutzt wird. Dasselbe verbreitet einen penstilenzialischen Geruch. Vor dem Backofen führt das Klosetrohr der oberen Etagen vorbei, welches undicht ist, und keinen angenehmen Geruch verbreitet. Ost tropft Feuchtigkeit aus dem Rohr auf die Arbeiter und die Backwaaren. — In den Altonaer Bäckereien waren die Zustände nicht anders; und daß dieselben einer Aenderung bedürfen, steht wohl außer Zweifel. Die Innungen sind zwar ob solcher Feststellungen suchtüßes wild, obwohl sie, mit ihrer Verschumpfung, ihr gut Theil dazu beigetragen haben.

Ueber die Luft und das Athmen

schreibt P. Ch. Martens in der „Wohlfahrt“:

Die Luft ist unser Hauptlebenselement. Ohne Luft können wir nicht leben und in schlechter Luft oder bei schlechter Athmung werden wir siech. Dies steht unbedingt fest. Deshalb ist gute Luft und gutes Athmen zu unserer Gesundheit nöthig.

Mit dem ersten Schrei nehmen wir von der Luft Besitz und erst mit dem letzten Aecheln von ihr Abschied. Durch das Athmen wird unser Blut der nöthige Sauerstoff zugeführt und die Kohlensäure ausgestoßen. Außerdem aber wirkt sie vielseitig auf uns ein.

„Wenn ich nicht spräche im Ernst, welchen Nutzen könnt' ich haben davon?“ versetzte der Jude unter Achselzucken. „Kommen Sie — lassen Sie mich reden mit Ihnen ein Wörtchen draußen.“

„Es thut nicht noth, daß wir uns die Mühe geben, hinauszugehen,“ sagte Noah, die Beine allmählich wieder unter dem Stuhle hervorziehend. „Sie kann unterdeß das Reisegepäck in unsere Kammer tragen. Charlotte, bring' die Bündel hinauf.“

Charlotte gehorchte dem mit großer Würde gegebenen Geheiß ohne die mindeste Zögerung, hob die beiden Bündel auf und ging hinaus.

„Hab' ich sie nicht ganz gut in der Zucht?“ fragte Noah im Tone eines Wärters, der ein wildes Thier gezähmt hat.

„D vortreflich,“ erwiderte Fagin, ihn auf die Schulter schlagend. „Sie sind ein Genie, mein Lieber.“

„Würde schwerlich hier sein, wenn ich's nicht wäre,“ versetzte Noah. „Doch verlieren Sie keine Zeit, denn sie wird bald wieder da sein.“

„Sehr wohl! Was meinen Sie — wenn Ihnen gefiele mein Freund, was könnten Sie thun Besseres, als zu treten mit in Verbindung?“ sagte Fagin.

„Es kommt darauf an, ob er gute Geschäfte macht,“ entgegnete Noah, dem Juden mit dem einen seiner kleinen Augen pfiffig zublinzelnd.

„Er beschäftigt eine Menge Leute, und hat die beste Gesellschaft von Allen, die treiben das Geschäft.“

„Echte Stadtbursche?“

„Es ist kein Nicht-Vond'ner drunter, und er würde Sie nicht einmal annehmen, selbst auf meine Empfehlung nicht, wenn es ihm nicht fehlte eben jetzt an Gehilfen.“

„Wird' ich rausrücken müssen?“ fragte Noah, an seine Beinkleidertaschen schlagend.

Unser Athem-Apparat ist künstlich gebaut und athmet täglich bei 20000 Zügen 700 Liter Luft ein und bietet der Luft ungefähr 1000 Centimeter Lungenfläche dar.

Schlechtes Athmen ist höchst nachtheilig und ergreift Krankheit und Siechthum, und doch athmen viele Menschen schlecht, besonders zu oberflächlich und hastig. Bei schlechtem Athmen bleibt die Brust unentwickelt. Besonders leiden darunter die Lungen und dadurch wieder die Blutbildung und Circulation, wovon wieder die Ernährung und die ganze Körperbeschaffenheit abhängt. Es folgen Athembeschwerden und andere Krankheiten, besonders Krankheiten der Athmungsorgane. Gutes Athmen dagegen stärkt die Athmungsorgane, erweitert die Brust, regt den Blutkreislauf, fördert die Verdauung und das Allgemeinbefinden und bildet deshalb ein Vorbeugungs- ja oft auch Heilmittel bei vielen Krankheiten, u. A. gegen die Fleischsucht und Schwindsucht.

Bei gutem Athem hat man drei Zeiten zu unterscheiden: das Einathmen, Aushalten und Ausathmen.

Es soll nur gesunde Luft eingeathmet werden. Kaltelust und starkem Winde entgegen gehen ohne durch die Nase mit geschlossenem Munde. Die ganze Brust und theilweise auch der Bauch müssen sich ausdehnen, deshalb ist das Korsett verwerflich.

Nach dem Einathmen halte man die Luft etwas an. Danach athme man vollständig wieder aus.

Das Athmen soll langsam, geräuschlos, ruhig und gleichmäßig geschehen. Nur dann ist auch gutes Sprechen und Singen möglich. Diese Thätigkeiten unterstützen richtig ausgeführt, wiederum ein gutes Athmen, wie auch Turnen, Märsche etc. Täglich sollte man eine Weile bewusst planmäßig athmen.

Besonders bei Schülern und sonst viel Sitzenden ist ein gutes Athmen höchst wichtig.

Bei manchen Krankheiten ist eine planmäßige Athmengymnastik das beste Heilmittel, wie bei Ersticken künstlich gewecktes Athmen zur Wiederbelebung erforderlich ist.

In vielen Fällen verderben sich die Menschen selbst die Luft. Verdorbene Luft findet man, wo die Fenster gar nicht oder nur höchst selten geöffnet werden. In Wohnungen, Arbeitslokale und den meisten Fabriken jeder Anhänger der Naturheilmethodik wird besonders darauf gesehen, daß seine Wohnung gut gelüftet wird. Er wird in Arbeits- und Fabrikräumen darauf trachten, daß dort entsprechende Ventilationen angebracht werden. Leider muß er theils durch Unwissenheit seiner Mitarbeiter, theils wegen zu großer Sparsamkeit des Arbeitgeber selbst oft unter solcher verderbbringender Mißwirtschaft leiden. Jeder Arbeiter sollte, wenn den hygienischen Einrichtungen seiner Arbeitsstätte nicht die genügende Sorgfalt gewidmet wird, in erster Linie trachten, solchen Siechthum erzeugenden Verhältnissen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, wenigstens ebenso, als er heutigen Tages keine Lohnreduzierung duldet, wenn er genügend organisiert ist.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Eine öffentliche Volksversammlung hielt Gericht über den Leiter der Neuen freien Volksbühne.

„Ohne zwanzig Pfund ging's an unmöglich,“ erwiderte Fagin auf das Bestimmteste.

„Aber zwanzig Pfund — 's ist ein Haufen Geld!“

„Eine Kleinigkeit, wenn Sie nicht können loswerden die Banknote.“

„Wann kann ich Ihren Freund sehen?“

„Morgen früh.“

„Wo?“

„Hier.“

„Um! — Wie hoch ist der Lohn?“

„Sie leben wie ein Gentleman, haben Kost und Wohnung und Tabak und Branntwein frei, die Hälfte von allem, was Sie verdienen und was das Frauenzimmer verdient.“

Es ist sehr zweifelhaft, ob Noah Claypole, so sehr bedeutend seine Habgier auch war, auf diese glänzenden Bedingungen eingegangen sein würde, wenn er hätte vollkommen frei handeln können; allein er bedachte, daß wenn er Nein sagte, in der Gewalt seines neuen Bekannten stände, ihn augenblicklich den Händen der Gerechtigkeit zu überliefern. Er erklärte daher, daß ihm der Vorschlag Mr. Fagins nicht ganz unannehmlich erschiene.

„Aber sehen Sie,“ setzte sie hinzu, „da sie im Stande ist, ein gutes Stück Arbeit auszurichten, so möchte ich etwas recht Leichtes zugetheilt bekommen. Was würde jetzt wohl für mich passen? Es müßte so etwas sein, wobei ich mich nicht eben anzustrengen brauchte, und wobei keine Gefahr wäre.“

„Mein Freund brauchte jemand, der was Rechte könnte leisten im Spionierfache, was sagen Sie dazu?“ fragte der Jude.

„Gefällt mir nicht übel, und bisweilen möchte ich“

Oliver Twist.

Spezialer Roman von Charles Dickens.

(69. Fortsetzung.)

„Es ist gleichviel, mein Lieber, wer es hat, oder wer es that,“ fiel der Jude ein, doch nichts desto weniger mit Falkenaugen nach dem Mädchen und den beiden Bündeln hinblickend. „S' ist mein Geschäft auch, und Sie gefallen deswegen mir.“

„Was ist Ihr Geschäft?“ fragte Noah, sich einigermaßen wieder fassend.

„Nun, dasselbe, das angefangen haben Sie,“ antwortete Fagin, „und die Wirthsleute hier treiben es auch. Sie sind eingegangen zur rechten Thür, und sind hier so sicher wie in Abraham's Schooß. Es giebt kein sicheres Haus in der Stadt, als die Krüppel; das heißt, wenn ich's will, und ich habe gefaßt eine Neigung zu Ihnen und dem jungen Frauenzimmer. Sie wissen nun Bescheid und können sich beruhigen vollkommen.“

Noah blickte ihn trotz dieser Versicherung noch immer furchtsam und argwöhnisch an, und rückte unruhig auf seinem Stuhle hin und her. Fagin nickte Charlotten freundlich zu, murmelte ihr Ermuthigung in das Ohr, und fuhr fort:

„Ich will Ihnen sagen noch mehr. Ich hab' einen Freund, der Ihren Herzenswunsch, glaub' ich, kann befriedigen, und Ihnen Gelegenheit geben, zu arbeiten vorerst in dem Geschäftszweige, der Ihnen gefällt am besten und Sie lehren alle andern.“

„Sie sprechen, als wenn es Ihr Ernst wäre,“ bemerkte Noah.

